

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Briefpost beträgt 3 Mark 50 Pfennige, durch den Postweg 4 Mark 50 Pfennige. Der Einzelheftpreis beträgt 10 Pfennige. Der Anzeigenpreis richtet sich nach dem Inhalt und der Länge der Anzeigen. Die Anzeigen werden in der Halle-Zeitung veröffentlicht. Die Halle-Zeitung ist ein Mitglied der Deutschen Zeitungsdirektoren-Vereinigung.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett sprach sich in seiner Montagssitzung für eine allgemeine Erhebung der Güllertarife der deutschen Reichsbahn aus. Einzelheiten der Erhebung sind späterer Beschlußfassung vorbehalten. Das Reichskabinett beschloß weiter, das Reichsfinanzministerium für Russ- und Einheitswertsteuern bis zum 31. Dezember d. J. fortzuführen zu lassen.

Die Einberufung des Reichstages zum 15. Oktober steht noch nicht fest. Von der Regierung ist gemüht worden, die Schulschuldenfrage mit einem früheren Termin zu beraten. Es ist daher mit einer Einberufung des Reichstages für Ende September oder Anfang Oktober zu rechnen.

Kürzlich wurden im Wackerer Stadtwald zwei junge Wäldchen aufgefunden. Namentlich es gelang, den Wäldchen einen schätzbaren Arbeiter Nikolaus Künzler, zu verhaften.

Der Zeitpunkt der Notifizierung der Erklärung der Reichsregierung über die Kriegsschuldfrage steht noch nicht fest. Die Reichsregierung hat, wie verlautet, lediglich in Aussicht genommen, ihre Stellungnahme zu dieser Frage zu gegebener Zeit den Wäldchen mitzuteilen.

Die Münchener Landeswetterkarte mitteilt, befehlt für ganz Bayern Hochwetter. Nachschon meldet bereits Hochwetter.

Der deutsche Gesandte in Budapest hat der Reichsregierung über die Verhandlungen in der Frage der Auslieferung der Erben der Wäldchen Bericht erstattet. Da die Verhandlungen mit Ungarn noch nicht abgeschlossen sind, wird das Ergebnis noch nicht bekanntgegeben.

In Grotte (Niederrhein) wurde ein kommunales Kommando entdeckt. Es ist festgestellt, daß in Grotte eine Kasse von 23 Mann besteht. Sie hatte sich zur Aufgabe gemacht, unliebsame Polizeibehörde zu befehligen.

Die Finanzkontrolle über Oesterreich dürfte um 1/2 Jahr verlängert werden.

Nach dem Wortlaut des Beschlusses an Degoutte soll die militärische Räumung Dortmunds gleichzeitig mit der wirtschaftlichen Räumung vollzogen werden. Da am 9. September die Zollgrenze fällt, muß bis spätestens an diesem Tage auch die militärische Räumung Dortmunds vollzogen sein. Aus dem Nachgelassenen liegen Meldungen vor, daß bis zur Stunde noch keine Verhandlungen über die Räumung getroffen sind.

Der belgische Finanzminister hat mit Vertretern der Guarantien Trust Company aus New York einen Kontinent abgeschlossen. Nach Belgien eine Anleihe von 20 Millionen Dollar bewilligt wird. Der Zinssatz beträgt 6 1/2 Prozent.

Die Werbung, daß der Attentäter gegen den Bundeskanzler Seipel, Karl Lamorel, amnestiert werden sollte, findet keine Beachtung. Die Hauptverhandlung gegen Lamorel findet im Oktober statt.

Bei einer Prüfung in der Habelle von Marbach explodierte eine französische Handgranate. 14 Offiziere wurden schwer verletzt.

Der russische Konsulatsminister Rumatschinski hat von Ernst Toller die Nachricht erhalten, daß er demnächst nach Moskau zu reisen gedenkt.

In Hull wurde am 1. September der jährliche britische Gewerkschaftstaxen eröffnet.

„Daily Telegraph“ zufolge befinden sich auf Bestellung des britischen Luftfahrtministeriums Flugzeuge im Bau, von denen jedes imstande ist, 50 voll ausgerüstete Soldaten zu transportieren. Die Maschinen werden ganz aus Stahl gebaut werden.

Wie der „Newport Herald“ aus Chicago meldet, sind im Verlaufe eines Zusammenstoßes, der zwischen Anhängern und Gegnern des Ku-Klux-Klan in Perrins im Staate Illinois stattfand, 6 Personen getötet und mehrere verwundet worden.

Wie verlautet, haben brasilianische Truppen Manaus, die Hauptstadt des Staates Amazonas, besetzt. Im letzten Monat ein Aufruhr ausgebrochen war. Es wird berichtet, der Aufruhr sei unterdrückt.

Einer Havasmeldung aus Washington zufolge haben drei amerikanische Jesuiten Weisheit erhalten, nach Chang-Pai in See zu gehen.

Der Völkerbund in Genf.

Eröffnungssitzung.

Der Schweizer Notia Vorkredner.

Genf, 2. Sept. Die Sitzung des Völkerbundes wurde Montag um 11 Uhr von dem belgischen Außenminister Homans eröffnet, der das Wort zu einer längeren Begrüßungsansprache ergreift. Er beginnt mit einem kurzen historischen Überblick über die Entwicklung des Völkerbundes. „Die heutige Versammlung, an der 54 Staaten teilnehmen, steht unter einem günstigen Stern. Vor zwei Tagen wurde in London freiwillig ein Völkervertrag unterzeichnet, das die Reparationsfrage lösen soll, die jahrelang auf dieser Versammlung schwer lastete. Wir stehen am Neugeborenen eines Zeitalters des Friedens, das dem eisernen Zeitalter folgen soll.“ Homans gibt im weiteren Verlauf seiner Rede einen Überblick über die Arbeit des Rates und der einzelnen Komitees. Er schildert im einzelnen, wie der Völkerbund sich der Interessen dieser Staaten angenommen hat. Kein Wort verliert Homans darüber, wie das deutsche Interesse vor dem Völkerbund gemehrt wurde. Seine Rede findet in einer Begrüßung des Völkervertrages aus. Macdonalds und Perriots hervorhebende Teilnahme bewiesen am besten seine praktische Bedeutung.

„Denten wir!“ so sagt Homans, „an die Opfer des Weltkrieges und suchen wir mit allen Mitteln eine derartige Weltkatastrophe in Zukunft zu vermeiden. Gehen wir trotz der Schwierigkeiten und Unbeherrschten der Gegenwart denjenigen Weg, der zum Gipfel des Ideals führt, zu höheren Regionen der Gerechtigkeit!“ (???)

Die Versammlung wählte den schweizerischen Bundesrat Notia mit 45 von 47 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Tagung. Das Ergebnis wurde mit großem Beifall aufgenommen. Notia dankte in warmen Worten für die Ehre.

Macdonald für die Abrüstung.

Paris, 2. Septbr. Herriot, Macdonald und Thoms werden in Genf am Donnerstag die großen Umrisse ihrer internationalen Politik mitteilen. Nach dem Sonderberichterstatter der Belgischen Telegraphenagentur beabsichtigt Macdonald, eine isorische Abrüstung unter der Kontrolle des Völkerbundes vorzuschlagen.

Die 800-Millionen-Anleihe.

Die Londoner Zeitungen veröffentlichen eine Mitteilung, wonach die deutsche Anleihe gleichzeitig in London, New York und auf dem Festlande mit Einschluß Deutschlands am 15. Oktober zur Zeichnung aufgelegt werden soll. Die Anleihe werde mit ungefähr 8 Prozent verzinst werden. Amerika werde die Hälfte der Gesamtsumme aufbringen, England zwei Drittel und das Festland ein Zehntel des Restes. Es herrscht kein Zweifel über den Erfolg der Anleihe, die in London von der Bank von London aufgelegt werden wird.

Der kurzlich in Washington verkündete amerikanische Posthof in Berlin Dr. Douglas hat dortigen Reichsvertretern erklärt, daß es bessere Sicherheiten für eine Anleihe in der ganzen Welt nicht gäbe.

Coolidges Wiederwahl zweifelhaft.

Aus New York wird gemeldet: Die von den hiesigen Hearst-Zeitungen veranlaßten Probeabstimmungen für die Präsidentschaft ergaben am ersten Tage für Coolidge die härteste Stimmenzahl. La Follette folgt aber in ganz geringem Abstand, während Davis erheblich zurückbleibt. Nach weiteren Meldungen liegen nunmehr die Resultate aus 67 großen Städten über die Probeabstimmungen vor. Coolidge steht an der Spitze mit achtundachtzig Stimmen. La Follette folgt unmittelbar mit siebenundzwanzig, Davis nur mit zweitausend. In New York, Boston, San Francisco, Milwaukee ist La Follette's Stimmenzahl größer als Coolidge's. Hearst selbst veröffentlicht heute in seinen sämtlichen Zeitungen nämlich der Freitag den „Labour Day“ einen Appell zur Unterbrechung der Bewegung unter La Follette's Führung.

Frankreichs Kontrollpläne.

Frankreich teilt im „Echo de Paris“ folgendes mit: Die Frage der deutschen Militärkontrolle wird in Genf in allen Einzelheiten zur Sprache gebracht werden. Die Überwachung der deutschen Abrüstung muß, wenn sie wirksam sein soll, zu einer Reihe von Kontrollen führen. Die Abrüstung muß Frankreich die Anwendung der Artikel 42, 43 und 44 des Versailles-Vertrages (Entmilitarisierung des Rheinlandes) mit der Kontrolle der deutschen Abrüstung verknüpfen. Man müßte sogar die Entmilitarisierung in der Länge der Zeit durchzuführen, die in dem Versailles-Vertrag nicht vorgesehen sind.

Zum Völkerfrieden.

Ein Brief und eine Nachricht aus Paris.

Gestern erhielten wir einen Brief aus Paris: Der vortreffliche Herr Edm. A. Filene in Bolton (Ver. Staat.) hat für Frankreich, England, Italien, Deutschland Briefe in Höhe von je 200 000 Fr. ausgelegt für die besten Vorschläge, wie man die Sicherheit und Wohlfahrt in diesen Ländern wiederherstellen könnte. In Frankreich sind die drei ersten Briefe bereits zur Verteilung gelangt, und das dortige Comité schickt uns nun die mit dem ersten Briefe getriebene Arbeit im Abdruck mit einem Brief, der ein prächtiges Beispiel ist, wie lebenswichtig die französische Sprache für einen Mann ist.

Bis dahin ist alles wunderbarlich. Kaum beginnt man aber die Freiarbeit zu legen, so ruht man. Der erste Akt beginnt folgendermaßen:

I. I. Gemisse Staaten, die Sieger geliebten sind in dem Kriege, den sie freiwillig hervorgerufen haben (soils n'avient point provoqué), haben auf ihrem Gebiet materielle Schäden erlitten. Im Namen der Gerechtigkeit, nicht etwa des Sieges, fordern sie Entschädigung das für.

Deutschland, der verantwortlichste Urheber der Schäden, hat durch Friedensvertrag seine Entschädigungspflicht grundsätzlich anerkannt. . . .

Das genügt eigentlich, um zu sagen „bis hierher und nicht weiter“. Ich habe trotzdem weitergelesen, denn es ist immerhin lehrreich, die Demut der französischen „Pazifismus“ aus einer französischen Arbeit kennenzulernen, die trotz des beherrschenden Umfangs von etwa 2 1/2 Zeilenartikeln eines Briefes von 100 000 Fr. würdig erscheint.

Zur Sicherung des Friedens und der Wohlfahrt Europas soll n. a. „Die Gesellschaft der Staaten Europas“ dienen, über deren Organisation der vortreffliche Preisträger unter anderem sagt, „daß alle Nationen in dieser Gesellschaft vertreten und tätig sein müssen, wenn auch nicht in gleichem Range, so doch nach einem gewissen System“, und schlägt vor, daß die verschiedenen Nationen „wenn auch nicht eine gleichberechtigte Vertretung“ („representation egale“), so doch eine angemessene Vertretung bekommen sollen, wobei folgende Gesichtspunkte für die Bemertung maßgebend sein sollen: a) Ausdehnung des Landes, b) Bevölkerungszahl, c) Ausdehnung und Bevölkerungsdichte der Kolonien, soweit sie nicht unmittelbar vertreten sind usw.“

Mein sehr verehrter Herr Preisträger: wenn ich bei der Preisverteilung mitgeschrieben gehabt hätte: ich hätte Ihnen für diesen schönen Punkt c) ebenfalls meine Stimme gegeben. Denn auf diese Weise wird nicht nur das „schuldige“ Deutschland, dem man kein Land sein zerteilt und die Kolonien genommen hat, aus der Reihe der großen Nationen mit entsprechender Vertretung in der Staatengemeinschaft einfach ausgeschlossen, sondern zugleich wird auch England hinter Frankreich hergedrängt, da die wichtigsten englischen Kolonien sich bekanntlich einer gemittelten Selbstständigkeit erfreuen und daher „unmittelbar vertreten“ sein würden.

Man muß wirklich sagen: ob Pazifisten oder Militaristen, wo es um die Interessen Frankreichs geht, sind die Franzosen alle falsch wie Katzen. Denn ein verlogeneres und raffinierteres Friedensgefäß als diese famose Arbeit zu 100 000 Fr. ist kaum zu denken. Alle Vorteile des Sieges für Frankreich, alle Nachteile für Deutschland und von nun an „Gerechtigkeit“ auf dieser Grundlage.

Uns kann außer Eßig-Bohringen, Oberstleuten, den Kolonien usw. ruhig auch noch der ganze preisverteilte französische Pazifismus geschehen bleiben. Da sind unsere deutschen Pazifisten doch ganz andere Kerle: die wollen den Franzosen nicht nur nichts anhaben, auch ihren Raub lassen und geben womöglich noch etwas dazu, nur damit die Franzosen „Sicherheit und Wohlfahrt“ haben.

Ein hübsches Gegenstück zu dieser französischen Preisarbeit hat der hiesige Präsident der französischen Republik Mr. Mikrand geliefert in einem Interieur, das er im Hinblick auf die Völkerverbundung in Genf dem diplomatischen Mitarbeiter des „Echo de Paris“ gab.

Zunächst protestierte Mikrand ganz entschieden dagegen, daß Deutschland in Genf als gleichberechtigter anerkannt werde. Sodann führte er aus: „Leider müssen wir feststellen, daß einige unserer englischen Freunde und auch einige Mitglieder der gegenwärtigen Regierung, sogar die einflussreichsten, erklärt haben, daß der Versailles-Vertrag annulliert werden müsse, und es nur ein Mittel gäbe, den Frieden wieder herzustellen,

